

Erhöhung Gebühren Kernzeitbetreuung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben aktuell 335 Grundschul-Kinder in der Kernzeitbetreuung. Diese Zahl zeigt einen großen Bedarf an außerschulischer Betreuung. Viele Familien sind auf diese Dienstleistung angewiesen, um Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. An dieser Stelle möchten wir auch unbedingt dem Kernzeitteam für die kompetente Arbeit und erbrachte Leistung danken.

Die Kinder sind sehr gut aufgehoben, sie gehen gerne in die Betreuung. Hier wird gebastelt, gespielt und auch das Kindertheater besucht. In unseren Augen sind diese sozialen Kontakte und Aktivitäten schon für die Kinder im Grundschulalter von immenser Bedeutung. Die Kinder werden nicht nur „betreut“, sie werden in vielen Dingen gefördert, motiviert und unterstützt.

Auch nach einer Anpassung der Gebühren lägen wir noch im Mittelfeld im Vergleich zu anderen Gemeinden. Pro Kind besteht nach der Erhöhung noch ein Zuschussbedarf der Stadt Schwetzingen in Höhe von 119,00 Euro im Jahr. Ein stattlicher, jedoch angemessener Betrag für unsere Grundschulkinder.

Die Freien Wähler wünschen sich für die Zukunft eine Staffelung der Gebühren analog dem Badischen Kindergartenmodell. Wer mehrere Kinder in der Kernzeitbetreuung hat, sollte finanziell entlastet werden. Außerdem sollte bei der Staffelung der Beiträge der Familienpass berücksichtigt werden.

Ein kleines Rechenbeispiel:

Eine Familie mit zwei Kindern - Vater und Mutter sind beide auf ihre Arbeitsplätze angewiesen. Hier spielt es keine Rolle, ob die Familie im Eigenheim lebt oder in Miete. Die Lebenshaltungskosten sind – wie wir alle wissen – die letzten Jahre stetig gestiegen. Die Gehälter leider nicht immer.

Diese zwei Kinder müssen bis mindestens 16 Uhr in die Betreuung, weil in unserer Beispielfamilie leider keine Großeltern in der Nähe leben. Die Betreuungskosten kämen nach der Anpassung im kostenintensivsten Falle – von 7.30 Uhr bis 17 Uhr – auf sage und schreibe 486.- Euro pro Monat! Das entspräche einer Erhöhung von fast 1.000 Euro im Jahr bei dieser Beispielfamilie.

Bei alleinerziehenden Elternteilen stellt sich die finanzielle Problematik noch drastischer dar.

Trotzdem dürfen und werden wir die finanzielle Situation der Stadt nicht aus den Augen verlieren, auch wenn wir sehen, dass die Anpassung der Betreuungsgebühren kein gutes und erst recht nicht familienfreundliches Signal in der heutigen Zeit ist.

Wir können daher nicht einheitlich abstimmen.

Heinrich Back